



KONTAKT

Teresa Schad

Bereichsleiterin Kommunikation und Politik

+49 (0) 30 72 62 07 - 111

Klimapolitik: Schutz der Industrie muss stärker in den Fokus

- Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) fordert einen effektiven Carbon-Leakage-Schutz. Dazu müssen dringend weitere Maßnahmen ergriffen werden.
- Mit dem Vorschlag der Einführung eines EU-Industriestrompreises hat die WVMetalle ein eigenes Konzept bereits vorgelegt.

Berlin (16.09.2020) – Die heutige Ankündigung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Verschärfung des EU-Klimaziels für 2030 von 40 auf 55 Prozent wird von der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) mit Sorge zur Kenntnis genommen. „Klimaschutz ist wichtig, muss aber mit Augenmaß betrieben werden. Das einseitige Anheben von Ambitionsniveaus alleine reicht nicht, es gilt, auch die Folgen zu betrachten. Immer weitergehende klimapolitische Maßnahmen bedeuten auch eine zusätzliche Belastung für unsere Industrie“, mahnt WVMetalle-Hauptgeschäftsführerin Franziska Erdle. „Um die europäische Industrie – insbesondere die energieintensive Industrie – weiterhin wettbewerbsfähig zu halten, sind jetzt dringend zusätzliche Carbon-Leakage-Maßnahmen erforderlich. Ein europäischer Industriestrompreis kann hier eine Lösung darstellen.“

Die WVMetalle hat bereits im Juni ein eigenes Konzept für die Einführung eines solchen EU-Industriestrompreises vorgelegt. Sie unterstreicht darin die Bedeutung wettbewerbsfähiger Energiepreise als entscheidenden Standortfaktor für die Metallindustrie, die im internationalen Wettbewerb steht. Bezahlbare Strompreise müssen für einen notwendigen stabilen Investitionsrahmen langfristig gesichert sein.

Das veröffentlichte Konzept finden Sie unter [diesem Link](#).